

Gut, aber nicht gut genug

Fortsetzung von Seite 1

Während die Wirkungen des ersten Konjunkturpakets eher gering waren, spielt das zweite Konjunkturpaket nach Ansicht des DIW die maßgebliche Rolle bei den öffentlichen Bauvorhaben. Zwar dürfte ein Teil der veranschlagten Ausgaben – anders als vorgesehen – erst 2011 wirksam werden und auch die Zusätzlichkeit der Investitionen dürfte bei der gegenwärtigen Kasenslage der Kommunen nicht vollständig umgesetzt werden können, dennoch ist die Größenordnung des Programms beträchtlich. 2009 dürften durch das Paket zusätzlich vier Milliarden Euro und 2010 acht Milliarden Euro verausgabt werden. Insgesamt werde der öffentliche Bau im nächsten Jahr um gut neun Prozent wachsen, prognostizierten die Experten.

Abstriche bei Wirtschaftlichkeit

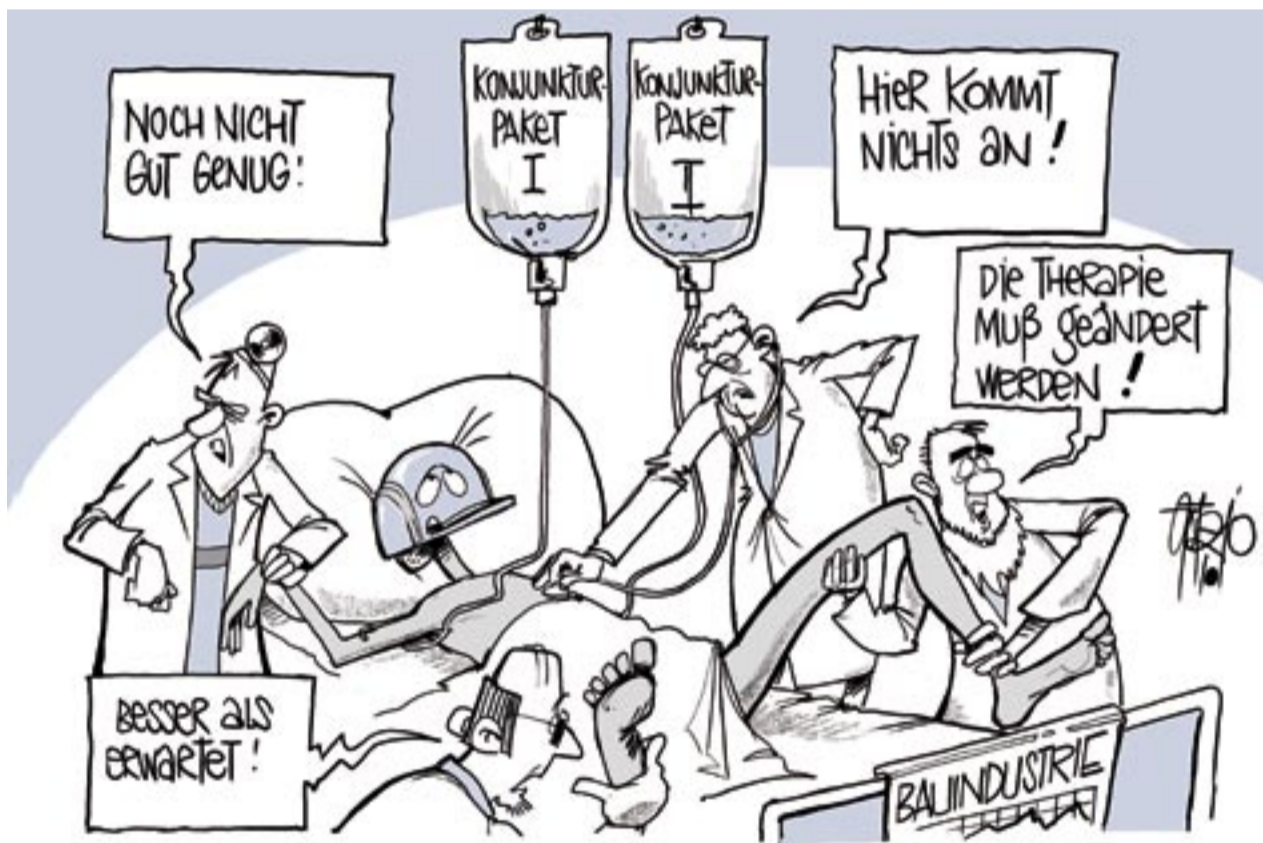
In der Sache wirksam, aber mit Schwächen sieht der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie die Konjunkturprogramme. Sie hätten 2009 dazu beigetragen, die Umsatzeinbußen im Wirtschaftsbau wenigstens zum Teil abzufedern, so der Verbandspräsident Herbert Bodner. Er wertete das Verhalten des Bundes, der seine Bauausgaben im letzten Jahr deutlich gesteigert habe, als vorbildlich. Die noch im Spätsommer geäußerte Skepsis an der Wirksamkeit der Programme hätte sich somit nicht bestätigt, so Bodner. Allerdings sei insbesondere das Zukunftsinvestitionsprogramm zugunsten

Weitere kritische Stimmen beklagten sich, dass die Konjunkturpakete nur sehr schleppend dem Bau zu gute kommen und umgesetzt werden. So übte die Baubranche scharfe Kritik, dass nur wenige Kommunen die vorgesehenen Mittel tatsächlich ausgegeben hätten und diese nicht bei den Baufirmen ankommen würden. Eine im Dezember veröffentlichte Befragung der Mitglieder der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg ergab, dass die Maßnahmen nur schleppend anlaufen würden. Für die Mehrheit der mittelständischen Baubetriebe hätte sich die Auftragslage trotz Konjunkturpakets bislang nicht verbessert, so die Fachgemeinschaft. Zwei Drittel der Befragten gaben an, bislang noch nicht vom Konjunkturpaket profitiert zu haben. Die öffentliche Auftragslage stellte sich aus der Sicht von rund 43 Prozent der Befragten als unverändert dar, für rund 36 Prozent hat sich die Auftragslage sogar verschlechtert. 21,2 Prozent der Befragten mussten im letzten Jahr Mitarbeiter aufgrund der Wirtschaftskrise entlassen. „In unserer letzten Befragung Anfang August ist dieser Prozentsatz noch deutlich geringer gewesen“, sagte Wolf Burkhard Wenkel, Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau. „Insofern stimmt uns diese Entwicklung zwar vorsichtig optimistisch. Wir hätten uns aber eine schnellere Umsetzung gewünscht, um unter anderem auch mehr Arbeits-

werden sie schaffen“, ist Roth überzeugt. Allerdings sei der zur Verfügung stehende Spielraum für weitere Investitionen in den Kommunen derzeit sehr begrenzt. Der Grund: die dramatische Finanzlage vieler Städte.

PPP-Projekte miteinbeziehen

Laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte seien zwar die Konjunkturhilfen gut, aber nicht gut genug. Denn die Staatsausgaben allein werden den Infrastruktur-Investitionsstau nicht lösen können. Er sei einfach viel zu groß. Zwar konnten viele Staaten bisher mit „Public Private Partnership“ auf Gelder und Leistungen privater Unternehmen zurückgreifen, um die größten Lücken zu schließen, doch das sei inzwischen nicht mehr so einfach. Den Firmen fehle derzeit Geld, um in öffentliche Anlagen zu investieren oder um deren Betrieb zu übernehmen – die dafür nötigen Kredite seien aufgrund der Wirtschaftslage knapp. Außerdem herrsche Verunsicherung, da kaum abzusehen ist, welche Auswirkungen die stark ansteigenden Staatsausgaben auf Angebot und Nachfrage von oder nach Public Private Partnerships haben werden. „Weltweit müssen Staaten jetzt Wege finden, wie sie ihre Infrastrukturen weiter auf- und ausbauen können. Es ist abzusehen, dass sie dabei auf Unternehmen angewiesen sein werden, um die Kosten zu stemmen. Anstatt mit schnell gewährten Staatshilfen



„Wie geht es mir denn nun, meine Herren?“

Zeichnung: Götz Wiedenroth

der Kommunen eher dem Ausbaugewerbe als dem Bauhauptgewerbe zugute gekommen, stellte er fest. Anders sei nicht zu erklären, dass die Umsätze der Unternehmen des Bauhauptgewerbes im öffentlichen Bau in den ersten drei Quartalen deutlich langsamer gestiegen seien als die öffentlichen Bauausgaben. Der Hauptverband führte dies auf die starke Konzentration der Fördermittel auf die energetische Sanierung des kommunalen Gebäudebestandes zurück. Bodner: „Wir hätten uns eine stärkere Einbeziehung der Unternehmen des Bauhauptgewerbes gewünscht.“ Kritisch sieht die deutsche Bauindustrie auch den kleinteiligen Projektzuschnitt des Zukunftsinvestitionsprogramms. Bei 29 000 Projekten und einem Investitionsvolumen von 1,1 Milliarden Euro komme man lediglich auf eine durchschnittliche Projektgröße von etwas mehr als 380 000 Euro, erklärte Bodner. Damit hätten die Kommunen zwar für eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen gesorgt, gleichzeitig aber auch Abstriche an der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen in Kauf genommen. Darüber hinaus sei es dadurch – zumindest partiell – auch zu einer Ausgrenzung der Großunternehmen und des bauindustriellen Mittelstandes bei der Auftragsvergabe gekommen.

plätze erhalten zu können.“ Nur sechs Prozent der Befragten hätten überhaupt erst Geld für ausgeführte Aufträge aus dem Konjunkturpaket erhalten.

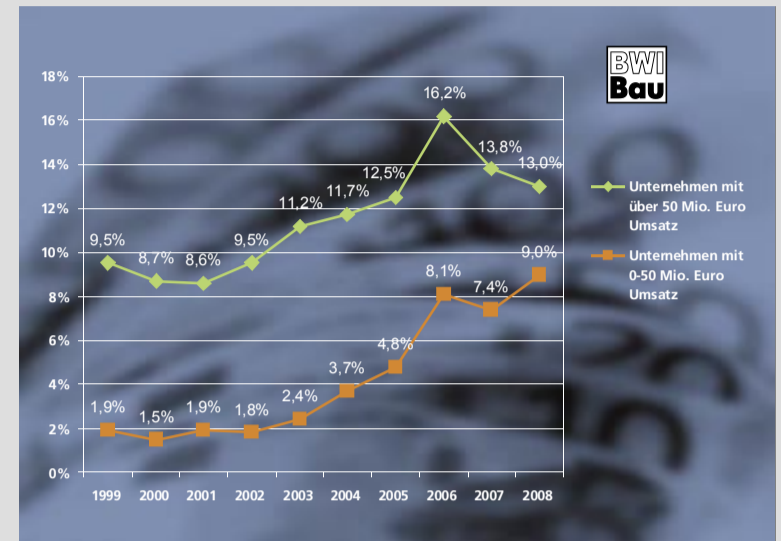
Dies sieht der Deutsche Städtetag anders. „Das Konjunkturpaket II mit seinem Schwerpunkt auf kommunale Investitionen sei eine richtige Maßnahme gewesen“, rechtfertigte deren Präsidentin, Oberbürgermeisterin Petra Roth aus Frankfurt. „Das Konjunkturpaket II wirkt“, so Roth weiter. So seien bereits Projekte im Volumen von über elf Milliarden Euro auf den Weg gebracht worden. „Tausende Unternehmen sind in die Projekte eingebunden, haben Aufträge erhalten oder können im neuen Jahr damit rechnen. Somit haben viele Firmen Planungssicherheit und der konjunkturelle Effekt sowie die Wirkung auf den Arbeitsmarkt werden erreicht“, bilanzierte die Städtetagspräsidentin. 2010 werde der Schwerpunkt darauf liegen, die angefangenen und geplanten Projekte fertig zu stellen. Der Deutsche Städtetag rechne damit, dass der Großteil der Gelder aus dem Konjunkturpaket II – etwa 60 Prozent – in diesem Jahr ausgezahlt werde und an die Unternehmen fließe. „Um die letzten Projekte fertig zu stellen, haben die Kommunen bis 2011 Zeit. Das

kurzfristige Verbesserungen herbeizuführen, sollten sie nachhaltige Strategien entwickeln, durch die Unternehmen leichter an der Infrastrukturentwicklung beteiligt werden können“, forderte Thomas Northoff, Partner Public Sector bei Deloitte. Dies könnte zum einen sein, in dem Regierungen bürokratische Hürden abbauen, die solche Partnerschaften erschweren, wie etwa umständliche Ausschreibungs-, Prüfungs- und Vergabeverfahren. Zum anderen sollten Regierungen auch auf die drohende Kreditklemme einwirken, lautete eine weitere Empfehlung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Eine weitere Hilfe könnte so Deloitte darin bestehen, die Struktur zukünftiger Public Private Partnerships zu verändern: Ein höherer Beitrag der öffentlichen Hand könnte als Hebel für das von Unternehmen eingesetzte Kapital wirken und so deren Ertrags- und Wirtschaftskraft stärken, was letztlich günstig auf die gesamte Volkswirtschaft wirkt. „Regierungen, die jetzt handeln wollen, sollten nach der richtigen Mischung Finanzierung von Infrastruktur-Bauvorhaben suchen. Public Private Partnerships sollten darin auf jeden Fall eine Rolle spielen – Schwierigkeiten, die derzeit noch auftreten, müssen beseitigt werden“, so das Fazit von Thomas Northoff.

Aktuelle Grafiken

Eigenkapitalausstattung in der Bauwirtschaft

Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme

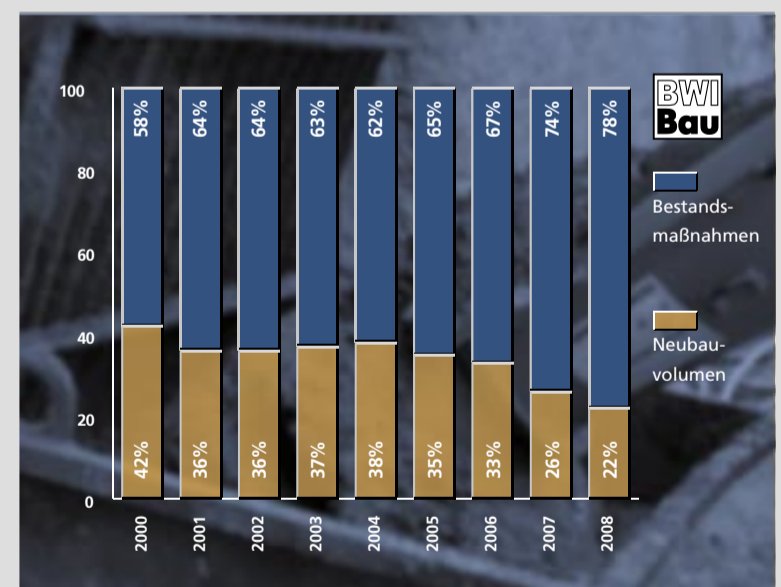


Zwischen 2001 und 2006 ist die Eigenkapitalquote in der deutschen Bauwirtschaft deutlich angestiegen. Dies galt sowohl für Großunternehmen (mit über 50 Millionen Euro Jahresumsatz), als auch für klein- und mittelständische Unternehmen (mit bis zu 50 Millionen Euro Umsatz), bei denen diese Kennziffer zuvor ein oft prekäres Niveau aufwies. Seit 2007 ist bei den Großunternehmen ein Absinken der Eigenkapitalquote von 16,2 Prozent (2006) auf 13,0 Prozent (2008) zu verzeichnen, wobei dieser Wert immer noch deutlich über den Eigenkapitalquoten von Anfang des Jahrzehnts liegt. Bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen gab es zwar 2007 auch einen leichten Rückgang der Eigenkapitalquote, der aber im Jahr 2008 wieder durch einen Anstieg auf neun Prozent kompensiert wurde – dem Spitzenwert innerhalb der letzten zehn Jahre. In die kritische Phase der Wirtschaftskrise tritt die Bauwirtschaft damit mit einer vergleichsweise guten Eigenkapitalausstattung. Es ist aber davon auszugehen, dass die erfreulich hohen Eigenkapitalquoten in der späteren Phase der Rezession nicht gehalten werden können.

Datenquelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV)

Wohnungsneubau: Anteil sinkt auf 20 Prozent

Struktur des Wohnungsbauvolumens



Der Wohnungsbau unterliegt seit Jahren starken Strukturveränderungen. Diese sind geprägt durch eine massive Verlagerung der Bauaktivitäten vom Neubau zu Baumaßnahmen im Bestand. Im Jahr 2000 entfielen noch mehr als 40 Prozent der Wohnungsbauleistungen auf den Neubaubereich, 2008 waren es nur noch rund 20 Prozent. Damit kamen im Jahr 2008 die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen auf einen Anteil von nahezu 80 Prozent am Wohnungsbauvolumen. In absoluten Zahlen hat sich das Neubauvolumen von rund 65 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 32 Milliarden Euro im Jahr 2008 halbiert. Gründe hierfür waren insbesondere die Rückführung der Wohnungsbauförderung in Verbindung mit einer schwachen Einkommensentwicklung und stagnierenden Haushaltszahlen. Gleichzeitig nahm der Umfang von Bestandsmaßnahmen stark zu: Das Sanierungs- und Modernisierungsvolumen stieg von 89 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 116 Milliarden Euro im Jahr 2008 und damit auf einen Anteil von annähernd 80 Prozent am Wohnungsbauvolumen. Auch mittelfristig bleiben angesichts vielfach entspannter Wohnungsmärkte die Aussichten für den Wohnungsneubau gedämpft. Allerdings deutet die Entwicklung der Baugenehmigungen auf eine gewisse Bodenbildung im Neubaubereich hin, insbesondere im Bereich der Mehrfamilienhäuser.

Datenquelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin